

2 pr 8

Nr. 9 1

Tag: - 7. Aug. 1948

Veränderungen im Kabinett Lüdemann

Im Hinblick auf die entscheidenden Aufbauarbeiten, die in Schleswig-Holstein auf dem Gebiete der Wirtschaft und Landwirtschaft nach der Währungsreform und im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung der westlichen Besatzungszone zu leisten sind, hat Ministerpräsident Hermann Lüdemann einige Änderungen in der Zusammensetzung seines Kabinetts vorgenommen. Professor Dr. Ludwig Preller übernimmt das bisher von Landesminister Bruno Diekmann geleitete Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Bruno Diekmann behält neben der Vertretung des Ministerpräsidenten das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Das Gebiet der Arbeit wird dem Wirtschaftsministerium, die Jugendwohlfahrt dem Wohlfahrtsministerium angegliedert.

Der neuernannte Landesminister Prof. Dr. Preller wurde am 16. 2. 1897 in Burgstädt bei Chemnitz geboren. Er studierte Volkswirtschaft. Bis 1926 war er Gewerbeaufsichtsbeamter in Sachsen, dann wurde er ins Reichsarbeitsministerium übernommen. Hervorzuheben ist aus dieser Zeit seine enge Zusammenarbeit mit den Freien Gewerkschaften. Ab 1928 arbeitete Prof. Preller im Arbeits- und Wohlfahrtsministerium in Dresden in der Abteilung Gewerbeaufsicht. Im März 1933 wurde er von den Nationalsozialisten entlassen, war eine Zeitlang arbeitslos und wurde später Mitarbeiter der sozialpolitischen Zeitschrift „Soziale Praxis“. In der Zeit seiner

Arbeitslosigkeit schrieb Prof. Preller eine Geschichte der Sozialpolitik; der 3. Band dieser Arbeit „Sozialpolitik der Weimarer Republik“ erscheint in diesen Wochen. 1945 übernahm Prof. Preller die Leitung des Textilreferats im Landeswirtschaftsamt von Württemberg-Baden und leitete den Aufbau der Textilbewirtschaftung für die amerikanische Besatzungszone. Von Anfang 1946 an ist er Leiter der Abteilungen Sozial- und Kulturpolitik im süddeutschen Länderrat in Stuttgart. Prof. Preller ist seit 1922 Mitglied der SPD. (NdL.)

Dapf: 2 pr 8
F1

Nr.

Tag:

August 48.

Dr. L u d w i g P r e l l e r, geb. 16. Februar 1897 in Burgstädt bei Chemnitz.

Nach volkswirtschaftlichem Studium Gewerbeaufsichtsbeamter in Sachsen ab 1922. 1926 bis 1928 im Reichsarbeitsministerium beim Reichsarbeitsblatt, danach im sächs. Arbeits- und Wohlfahrtsministerium tätig (Leitung des volkswirtschaftlichen Referats der Gewerbeaufsicht). März 1933 als "politisch unzuverlässig" aus dem Staatsdienst entlassen. Die folgenden Jahre der Arbeitslosigkeit historisch-sozialpolitische und soziologische Studien. Ab 1937 Mitarbeit an der Zeitschrift "Soziale Praxis". Nach Übernahme des Blattes durch die DAF. 1943 Tätigkeit in einem Textilbetrieb in Stuttgart. 1945 Aufbau und Leitung des Textilreferates des Landwirtschaftsamtes Stuttgart. Seit 1946 Leitung der Abteilungen Sozialpolitik und Kulturpolitik im Länderrat der US-Zone. Gleichzeitig Honorarprofessur für Sozialpolitik an der Technischen Hochschule in Stuttgart.

1/28
M3

Nr. 211

Tag: 10. SEP. 1948

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Professor Dr. Prellers Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der neuernannte Wirtschaftsminister Professor Dr. Ludwig Preller (SPD) legte in einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts mit den Gewerkschaftsführern ein kurz- und ein langfristiges Arbeitsbeschaffungsprogramm vor. Damit soll die stärkere Industrialisierung des Landes eingeleitet werden. Die Gewerkschaftler und das Kabinett kamen überein, daß die Frage der Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes zentral gelöst werden soll. (DENA)

9. auch: 2 a 30 p

1 p 8
143

Nr. 106

Tag: 11. Sept. 1948

Sonderbeauftragter für Arbeitsbeschaffung ernannt.

Kiel, 9. Sept. (DPD). Der Schleswig-holsteinische Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, Professor Dr. Preller, wurde auf einer Kabinettsitzung zum Sonderbeauftragten für die Koordinierung aller Fragen in der Arbeitsbeschaffung Schleswig-holsteins bestellt. Nach einem Kommuniqué über die Sitzung, das von der Nachrichtenstelle der Landesregierung Schleswig-holstein veröffentlicht wurde, hätten die Minister es nach eingehender Aussprache für notwendig erachtet, alle Fragen der Arbeitsbeschaffung und des Arbeitseinsatzes zu koordinieren.

Sept: 2a 30p

Bl.

Das Wichtigste von allem: B

Gemeinsame Forderung nach Krediten für die Schlüsselindustrie - Der Landtag zu Schleswig-Holstein

Der schleswig-holsteinische Landtag begann seine zweitägigen Beratungen mit der Entgegennahme eines Berichtes zur Wirtschaftslage, den Minister Prof. Dr. Preller in der üblichen Weise erstattete.

Einleitend machte er der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt den Vorwurf, durch ihren „so radikal und ohne lenkenden Tendenzen“ durchgeführten Abbau der Zwangswirtschaft sei eine einseitige Stärkung der früheren Industrie- und Wirtschaftszentren und eine Benachteiligung und Vernachlässigung der Gegenden neuerer Menschenansammlungen erfolgt. „Schleswig-Holstein hat als außerordentliches Arbeitskräfte-reservoir Anspruch darauf, angemessen am wirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligt zu werden.“ Die schwierige Finanzlage des Landes sage nichts dagegen, daß seine Wirtschaft gesund und ausbaufähig sei.

Insgesamt bedürfte die Wirtschaft, so betonte Minister Preller, einer

Beruhigung und Konsolidierung

insbesondere auf dem Gebiete des Preis-Lohnverhältnisses. Er stimme Prof. Erhard zu, wenn dieser Löhne und Gehälter als das Kaufkraftreservoir bezeichne und es für grundfalsch halte, sie etwa als unbequeme Kosten zu betrachten.

Nach einem Hinweis auf die Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein 170 000 und damit 21 % der Arbeitnehmer erreicht habe, konnte Minister Preller mitteilen, daß die Notwendigkeit der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Schleswig-Holstein von Seiten der Treuhandverwaltung des Reichsstocks der britischen Zone anerkannt werde. Sie habe über die bereits bewilligten 1,2 Mill. DM weitere 5 Mill. DM freigegeben, sowie 2,5 Mill. DM für die Zwischenfinanzierung des Wohnungsbau'es. Ueber weitere 4 Mill. DM liefen z. Zt. noch aussichtsreiche Verhandlungen. In diesem Zusammenhang dankte der Minister dem Führer der Opposition, Abg. Schröter, der diese Bemühungen bei seinen politischen Freunden in Frankfurt tatkräftig unterstützt habe.

20 000 Jugendliche ohne Arbeit

Abschließend wies der Wirtschaftsminister darauf hin, daß Ostern 1949 für 28 000 Jungen, die zur Schulentlassung kommen bzw. im Vorjahre ihre Schulzeit beendeten, in Schleswig-Holstein nur 13 000 Lehrstellen zur Verfügung stehen. Auf jeden Fall sind 9000 männliche Jugendliche ohne Arbeit, außerdem 11 000 weibliche. Die Verpflichtung, diese 20 000 junge Menschen in Arbeit und Beruf zu bringen, trifft nach den Worten des Ministers „in gleichem Maße die Stellen, die diesen Ueberstrom an Menschen hierher gelenkt, und jene, die ihn uns nicht abgenommen haben.“

Als Vertreter der Opposition

drückte auch der Abg. Hagelstein (CDU) die Befürchtung aus, daß die Arbeitslosenzahl weiter ansteigen werde, wenn die Kreditrestriktionen nicht gelockert und der Wirtschaft keine langfristigen Kredite zur Verfügung gestellt würden. Er forderte die Landesregierung auf, dafür einzutreten, daß auch die Seeschiffswerften in das Reparaturprogramm der Binnenschifffahrt einbezogen werden. Mit scharfen Worten wandte er sich gegen Investitionen in Regiebetriebe.

Abg. Hagge (CDU) erhob Bedenken gegen die These, „die Schornsteine zu den Menschen“ zu bringen. Zur Kapitalbildung erklärte er: „Die Wirtschaft kann nicht ohne Kapital gedeihen und das Kapital nicht ohne Geist und Willen.“

wesentlichen Zugeständnissen an die Wirksamkeit der Frankfurter Wirtschaftspolitik und der Politik der schleswig-holsteinischen Opposition erblickt werden. Bei all seiner Kritik an Einzelheiten mußte Prof. Preller zugeben, wie sehr die Verbrauchs- und über sie auch die Produktionsgüter-Industrie belebt wurden. Wenn in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft heute noch 190 000 Menschen mehr beschäftigt werden als 1939, so wäre das wohl durch bloße Pläne nicht zu erzielen gewesen; es ist unzweifelhaft ein Verdienst der praktischen allgemeinen Ankurbelungspolitik Prof. Erhards. Daß die Zwischenphase der Kreditstriktionen möglichst bald abgeschlossen werden muß, ist gemeinsame Auffassung, um deren Durchsetzung sich Abg. Schröter, wie wir berichteten, in Frankfurt nachdrücklich bemüht.

Prof. Prellers Dank an den Führer der Opposition für seine Anstrengungen besonders um Kredite für den Wohnungsbau berührt ein Kern-

problem. Die Bauwirtschaft ist faktisch die Schlüsselindustrie, und nicht zuletzt die Not der Flüchtlinge und Ausgebombten macht größte Anstrengungen auf diesem Gebiet erforderlich.

Wenn Prof. Preller mit Recht Ruhe im Preis-Lohn-Verhältnis wünscht, so darf man erwarten, daß die SPD-Regierung demgemäß auf alle ihr nahestehenden Kreise zur Verhütung von Streiks Einfluß nimmt. Daß die Preissenkung noch nicht ihren Abschluß erreicht hat, ist gemeinsame Ueberzeugung; aber daß durch unzeitgemäße oder zu weitgehende Lohnbewegungen weder dieser Prozeß noch die dringend notwendige Exportfähigkeit gefördert werden können, liegt auf der Hand.

Daß auch Prof. Erhard genug Verständnis für die Wichtigkeit des Lohn- und Gehaltsfaktors als Kaufkraftreservoir besitzt, wurde von Prof. Preller anerkannt. Man darf aus Erhards Stellungnahme gegenüber den Vorstellungen Schröters folgern, daß er gleiches Verständnis auch für

die Wichtigkeit des Arbeitskräfte-reservoirs Schleswig-Holsteins besitzt. Aber heraus folgern zu sollen, daß nur die Methode, neue Industrien in ein solches Gebiet zu bringen — in einer Zeit anerkannter Kapital- und Kreditknappheit — das Richtige wäre, geht fehl. Schnellste Abhilfe ist die beste. Sie aber bedeutet, daß versucht werden muß, Menschen aus der Ueberfüllung an arbeitsbedürftige Industrien heranzuführen.

Als Prof. Preller zum Schluß das tatsächlich sehr traurige Problem der 20 000 arbeitslosen Jugendlichen berührte, erwartete man eigentlich eine Stellungnahme zu dem Gedanken eines Jugenddienstes, wie er in anderen Ländern bereits aufgegriffen worden ist. Sie blieb aus, wird sich aber für die Landesregierung genau so wenig umgehen lassen wie für das übrige Westdeutschland eine noch kräftigere Unterstützung großer Notstandsarbeiten in Schleswig-Holstein, wofür sich insbesondere die notwendigen Deichbauten dringend empfehlen.

Das Wichtigste von allem: B

Gemeinsame Forderung nach Krediten für die Schlüsselindustrie - Der Landtag zu Schleswig-Holstein

Der schleswig-holsteinische Landtag begann seine zweitägigen Beratungen mit der Entgegennahme eines Berichtes zur Wirtschaftslage, den Minister Prof. Dr. Preller in der üblichen Weise erstattete.

Einleitend machte er der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt den Vorwurf, durch ihren „so radikal und ohne lenkenden Tendenzen“ durchgeführten Abbau der Zwangswirtschaft sei eine einseitige Stärkung der früheren Industrie- und Wirtschaftszentren und eine Benachteiligung und Vernachlässigung der Gegenden neuer Menschenansammlungen erfolgt. „Schleswig-Holstein hat als außerordentliches Arbeitskräfte-reservoir Anspruch darauf, angemessen am wirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligt zu werden.“ Die schwierige Finanzlage des Landes sage nichts dagegen, daß seine Wirtschaft gesund und ausbaufähig sei.

Insgesamt bedürfe die Wirtschaft, so betonte Minister Preller, einer

Beruhigung und Konsolidierung

insbesondere auf dem Gebiete des Preis-Lohnverhältnisses. Er stimme Prof. Erhard zu, wenn dieser Löhne und Gehälter als das Kaufkraftreservoir bezeichne und es für grundfalsch halte, sie etwa als unbequeme Kosten zu betrachten.

Nach einem Hinweis auf die Tatsache, daß die Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein 170 000 und damit 21 % der Arbeitnehmer erreicht habe, konnte Minister Preller mitteilen, daß die Notwendigkeit der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Schleswig-Holstein von Seiten der Treuhandverwaltung des Reichsstocks der britischen Zone anerkannt werde. Sie habe über die bereits bewilligten 1,2 Mill. DM weitere 5 Mill. DM freigegeben, sowie 2,5 Mill. DM für die Zwischenfinanzierung des Wohnungsbau's. Ueber weitere 4 Mill. DM liefen z. Zt. noch aussichtsreiche Verhandlungen. In diesem Zusammenhang dankte der Minister dem Führer der Opposition, Abg. Schröter, der diese Bemühungen bei seinen politischen Freunden in Frankfurt tatkräftig unterstützt habe.

20 000 Jugendliche ohne Arbeit

Abschließend wies der Wirtschaftsminister darauf hin, daß Ostern 1949 für 28 000 Jungen, die zur Schulentlassung kommen bzw. im Vorjahre ihre Schulzeit beendeten, in Schleswig-Holstein nur 13 000 Lehrstellen zur Verfügung stehen. Auf jeden Fall sind 9000 männliche Jugendliche ohne Arbeit, außerdem 11 000 weibliche. Die Verpflichtung, diese 20 000 junge Menschen in Arbeit und Beruf zu bringen, trifft nach den Worten des Ministers „in gleichem Maße die Stellen, die diesen Ueberstrom an Menschen hierher gelenkt, und jene, die ihn uns nicht abgenommen haben.“

Als Vertreter der Opposition

drückte auch der Abg. Hagelstein (CDU) die Befürchtung aus, daß die Arbeitslosenzahl weiter ansteigen werde, wenn die Kreditrestriktionen nicht gelockert und der Wirtschaft keine langfristigen Kredite zur Verfügung gestellt würden. Er forderte die Landesregierung auf, dafür einzutreten, daß auch die Seeschiffswerften in das Reparaturprogramm der Binnenschiffahrt einbezogen werden. Mit scharfen Worten wandte er sich gegen Investitionen in Regiebetriebe.

Abg. Hagge (CDU) erhob Bedenken gegen die These, „die Schornsteine zu den Menschen“ zu bringen. Zur Kapitalbildung erklärte er: „Die Wirtschaft kann nicht ohne Kapital gedeihen und das Kapital nicht ohne Geist und Willen.“

Das Bemerkenswerte in den Erklärungen des Wirtschaftsministers darf in

wesentlichen Zugeständnissen an die Wirksamkeit der Frankfurter Wirtschaftspolitik und der Politik der schleswig-holsteinischen Opposition erblickt werden. Bei all seiner Kritik an Einzelheiten mußte Prof. Preller zugeben, wie sehr die Verbrauchs- und über sie auch die Produktionsgüter-Industrie belebt wurden. Wenn in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft heute noch 190 000 Menschen mehr beschäftigt werden als 1939, so wäre das wohl durch bloße Pläne nicht zu erzielen gewesen; es ist unzweifelhaft ein Verdienst der praktischen allgemeinen Ankurbelungspolitik Prof. Erhards. Daß die Zwischenphase der Kreditstriktionen möglichst bald abgeschlossen werden muß, ist gemeinsame Auffassung, um deren Durchsetzung sich Abg. Schröter, wie wir berichteten, in Frankfurt nachdrücklich bemüht.

Prof. Prellers Dank an den Führer der Opposition für seine Anstrengungen besonders um Kredite für den Wohnungsbau berührt ein Kern-

problem. Die Bauwirtschaft ist faktisch die Schlüsselindustrie, und nicht zuletzt die Not der Flüchtlinge und Ausgebombten macht größte Anstrengungen auf diesem Gebiet erforderlich.

Wenn Prof. Preller mit Recht Ruhe im Preis-Lohn-Verhältnis wünscht, so darf man erwarten, daß die SPD-Regierung demgemäß auf alle ihr nahestehenden Kreise zur Verhütung von Streiks Einfluß nimmt. Daß die Preis-senkung noch nicht ihren Abschluß erreicht hat, ist gemeinsame Ueberzeugung; aber daß durch unzeitgemäße oder zu weitgehende Lohnbewegungen weder dieser Prozeß noch die dringend notwendige Exportfähigkeit gefördert werden können, liegt auf der Hand.

Daß auch Prof. Erhard genug Verständnis für die Wichtigkeit des Lohn- und Gehaltsfaktors als Kaufkraftreservoir besitzt, wurde von Prof. Preller anerkannt. Man darf aus Erhards Stellungnahme gegenüber den Vorstellungen Schröters folgern, daß er gleiches Verständnis auch für

die Wichtigkeit des Arbeitskräfte-reservoirs Schleswig-Holsteins besitzt. Aber heraus folgern zu sollen, daß nur die Methode, neue Industrien in ein solches Gebiet zu bringen — in einer Zeit anerkannter Kapital- und Kreditknappheit — das Richtige wäre, geht fehl. Schnellste Abhilfe ist die beste. Sie aber bedeutet, daß versucht werden muß, Menschen aus der Ueberfüllung an arbeitsbedürftige Industrien heranzuführen.

Als Prof. Preller zum Schluß das tatsächlich sehr traurige Problem der 20 000 arbeitslosen Jugendlichen berührte, erwartete man eigentlich eine Stellungnahme zu dem Gedanken eines Jugenddienstes, wie er in anderen Ländern bereits aufgegriffen worden ist. Sie blieb aus, wird sich aber für die Landesregierung genau so wenig umgehen lassen wie für das übrige Westdeutschland eine noch kräftigere Unterstützung großer Notstandsarbeiten in Schleswig-Holstein, wofür sich insbesondere die notwendigen Deichbauten dringend empfehlen.

S. auch: 2 w. p.

Tag: 24. März 1949

Das Wichtigste von allem: Bauen!

g nach Krediten für die Schlüsselindustrie - Der Landtag zu Schleswig-Holsteins Wirtschaftssorgen

entlichen Zugeständnissen an die Gesamtheit der Frankfurter Wirtschaftspolitik und der Politik der Schleswig-holsteinischen Opposition erbeten werden. Bei all seiner Kritik an Einzelheiten mußte Prof. Preller zu dem, wie sehr die Verbrauchs- und die auch die Produktionsgüterindustrie belebt wurden. Wenn in der Schleswig-holsteinischen Wirtschaft heute noch 190 000 Menschen mehr beschäftigt werden als 1939, so wäre das durch bloße Pläne nicht zu erreichen gewesen; es ist unzweifelhaft Verdienst der praktischen allgemeinen Ankurbelungspolitik Prof. Erhards. Daß die Zwischenphase der Restriktionen möglichst bald abzuwenden werden muß, ist gemeinsame Auffassung, um deren Durchsetzung sich Abg. Schröter, wie wir berichteten, in Frankfurt nachdrücklich bemüht.

Prof. Prellers Dank an den Führer der Opposition für seine Anstrengungen, besonders um Kredite für den Wohnungsbau berührt ein Kern-

problem. Die Bauwirtschaft ist heute die Schlüsselindustrie, und es zuletz die Not der Flüchtlinge und Ausgebombten macht größte Anforderungen auf diesem Gebiet erforderlich.

Wenn Prof. Preller mit Recht Ruhe im Preis-Lohn-Verhältnis wünscht, darf man erwarten, daß die SPD-Regierung demgemäß auf alle ihr nahestehenden Kreise zur Verhütung von Preis-Einfluß nimmt. Daß die Preisbildung noch nicht ihren Abschluß erreicht hat, ist gemeinsame Ueberzeugung; aber daß durch unzeitgemäße zu weitgehende Lohnbewegungen dieser Prozeß noch die dringend benötigte Exportfähigkeit gefährdet werden können, liegt auf der Hand.

Außerdem auch Prof. Erhard genug Verständnis für die Wichtigkeit des Lohn-Gehaltsfaktors als Kaufkraftreservoir besitzt, wurde von Prof. Preller anerkannt. Man darf aus Erhards Stellungnahme gegenüber den Vorstellungen Schröters folgern, daß er gleiches Verständnis auch für

die Wichtigkeit des Arbeitskraftreservoirs Schleswig-Holsteins besitzt. Aber heraus folgern zu sollen, daß nur die Methode, neue Industrien in ein solches Gebiet zu bringen — in einer Zeit anerkannter Kapital- und Kreditknappheit — das Richtige wäre, geht fehl. Schnellste Abhilfe ist die beste. Sie aber bedeutet, daß versucht werden muß, Menschen aus der Ueberfüllung an arbeitsbedürftige Industrien heranzuführen.

Als Prof. Preller zum Schluß das tatsächlich sehr traurige Problem der 20 000 arbeitslosen Jugendlichen berührte, erwartete man eigentlich eine Stellungnahme zu dem Gedanken eines Jugenddienstes, wie er in anderen Ländern bereits aufgegriffen worden ist. Sie blieb aus, wird sich aber für die Landesregierung genau so wenig umgehen lassen wie für das übrige Westdeutschland eine noch kräftigere Unterstützung großer Notstandsarbeiten in Schleswig-Holstein, wofür sich insbesondere die notwendigen Deichbauten dringend empfehlen.

S. auch: 2. u. 3.

2 p 8

Nr. 63

Tag: 31. Mai 1949

Minister Prellers Ruf nach Planung

Die Nachmittags-Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Zu Beginn der Nachmittagsitzung des Landtages am Montag, gab Minister Prof. Dr. Preller einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage. Eingangs erklärte er, daß der Grund für das Nicht-Eintreten der erwarteten Frühjahrsbelebung der Wirtschaft nur auf der Einkommen- und Kapitalseite gesucht werden könne. Die Stagnation der Wirtschaft resultiere insbesondere aus dem Mangel an mittel- und langfristigen Krediten. Das an sich berechtigte Ziel der deflationistischen Reinigung rechtfertige keineswegs die kreditpolitische Zurückhaltung der zentralen Notenbank. Die Diskrepanz zwischen Einkommen und Löhnen einerseits und Preisen andererseits könne ebenfalls nur durch eine zielbewußte planmäßige Lenkung der Wirtschaft und vor allem des Kapitalstromes beseitigt werden.

Minister Preller teilte dann dem Hause mit, daß die Zahl der Arbeitslosen Mitte Mai 186 000 erreicht habe. Die Widersinnigkeit der Situation erleuchte daraus, daß selbst noch 15 000 Bauarbeiter arbeitslos seien.

Neue Betriebe

In enger Zusammenarbeit mit einer rührigen Unternehmerschaft sei es gelungen, eine ganze Reihe neuer Betriebe zu errichten. In diesem Zusammenhang könne er die erfreuliche Mitteilung machen,

daß in diesen Tagen die erste Freigabe von Gebäuden auf dem Kieler Ostufer durch die Militärregierung erfolgt sei.

Auf die Lage des Fremdenverkehrs eingehend, verzeichnete der Wirtschaftsminister eine Zunahme der zur Verfügung stehenden Fremdenbetten von 14 000 auf 20 000, die insbesondere durch die Erfassung privater Zimmervermieter mög-

lich geworden sei. Durch zwei Werbepavillons auf den Hannoveraner Exportmessen seien dem Fremdenverkehr schätzungsweise 3000 Pensionstage zugeführt worden.

Endlich Jugendaufbauwerk?

Auf die Beschäftigung der Schulentlassenen und Jugendlichen eingehend, teilte der Minister mit, daß er nunmehr beabsichtige, ein Freiwilliges Jugendaufbauwerk in Angriff zu nehmen. Schwierigkeiten bereite auch hier die Finanzierung. Die Landesregierung habe entsprechende Forderungen in Frankfurt erhoben, über die noch in dieser Woche entschieden werde.

Weitere Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat hätten diesen davon überzeugen können, daß ein entsprechender Anteil der Aufbaumittel, die in naher Zukunft zur Verfügung stehen, dort hingegeben werden müßten, wo die Arbeitskräfte nun einmal sitzen. In diesem Zusammenhang teilte der Minister einen Seitenhieb auf die Opposition

aus, von der er lieber gesehen hätte, daß deren Bemühungen in Frankfurt nicht getrennt von der Landesregierung gelaufen wären. Entgegen der Ansicht von Prof. Erhard meinte der Wirtschaftsminister, daß die fehlende Freizügigkeit nicht für die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden könne. Für Schleswig-Holstein sei insbesondere die Regelung des Warenaustausches und Zahlungsverkehrs mit Ostdeutschland ausschlaggebend.

Im Namen der Opposition begrüßte der Abg. Hagelstein die Ankündigung des Ministers, daß endlich mit der Schaffung eines freiwilligen Aufbauwerkes begonnen werden solle.

Auf die Frage nach dem Baubeginn der Elbbrücke bei Artenburg teilte Minister Preller mit, daß der erste Spatenstich voraussichtlich in 14 Tagen erfolgen könne.

Er forderte die Opposition auf, mit dazu beizutragen, daß auch die Eisenbahnbrücke bei Lauenburg noch in diesem Jahr in Angriff genommen würde.

Weiter verbesserte Ernährungslage

Anschließend gab Landesminister Diekmann einen Überblick über die Entwicklung des ablaufenden Wirtschaftsjahres und die derzeitige Situation der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. Mit Befriedigung stellte er fest, daß sich die Ernährungslage gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erheblich gebessert habe. Die Fettration sei von 75 auf 87,5 g im Monat, die Fleischration von 425 auf 600 g erhöht worden. Dazu komme die entscheidende Verbesserung in der Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse. Diese günstige Entwicklung sei möglich gewesen durch die Zunahme der Einfuhren und eine außergewöhnlich gute Ernte.

Gute Ablieferung der Bauern.

Auf die Lage bei den wichtigsten Nahrungsmitteln eingehend, teilte er mit, daß die schleswig-holsteinischen Bauern ihr Ablieferungssoll an Brotgetreide zu 88 Prozent erfüllt hätten. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß im Wirtschaftsjahr 1949/50 die gleiche Ablieferungsfreudigkeit erhalten bliebe, zumal ein besonderer Anreiz darin bestünde, daß für rund 22 Prozent der Umlage ausländisches Futtergetreide zurückgeliefert werden soll. In der derzeitigen Situation im Kartoffelabsatz erblickte er keine „Katastrophe“. Die unter Berücksichtigung eines Schwundes verbleibenden rund 100 000 t Kartoffeln dürften bei dem zunehmenden Schweinebestand leicht abgesetzt werden. In Schleswig-Holstein waren Ende März 404 000 Schweine vorhanden, das sind 55 Prozent des Vorkriegsstandes.

Notlage der Fischerei

Zu der besonders schweren Notlage, in die die Fischerei in der letzten Zeit geraten ist, erklärte der Minister, daß diese vor allem durch die hohen Unkosten und den sinkenden Fischkonsum hervorgerufen sei. Die Kohlenpreise seien von dem Vorzugspreis von 9 RM auf 37 DM pro Tonne gestiegen, während der Preis für Dieselmotorkraftstoff im Februar von 12 auf 17,50 DM erhöht wurde. Diese letztere Erhöhung soll jedoch wieder rückgängig gemacht werden. Einen besonders schwerwiegenden Kostenfaktor stellten die untragbar hohen Chartergebühren dar, die für Fahrzeuge des britischen Beuteanteils erhoben würden. Der verringerte Konsum sei nicht nur auf den Rückgang an Kaufkraft, sondern nicht zuletzt auch auf die verbesserte Ernährungslage zurückzuführen. Denn für das laufende Wirtschaftsjahr seien Importe von Fisch-

ihre Sonder- und Ausnahmetarife zu erhöhen oder gar zu streichen. Hierdurch würden besonders schwer die schutzbedürftigen und marktfernen Gebiete betroffen. Die Mehrbelastung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft durch den Fortfall dieser Ausnahmetarife veranschlagte er mit etwa 6 Millionen DM. Eine weitere schwere Belastung der Landwirtschaft, die vor allem dem verstärkten Einsatz von Schleppern entgegenstehe, sei die Absicht, den Preis für Dieselmotorkraftstoff um 3,10 DM je 100 Kilo heraufzusetzen. Jede Bereitschaft zur weiteren Technisierung müsse dadurch gelähmt werden.

Abschließend forderte der Ernährungsminister, daß die Einfuhren an Nahrungsgütern so weit als möglich auf die deutschen Bedürfnisse abzustimmen seien, um die heimische Landwirtschaft zu schützen.

Ernährung auf eigenem Boden

Als Sprecher der CDU ergriff nach dem Bericht des Landesministers Diekmann zur Ernährungslage der Abgeordnete Jensen (CDU) das Wort. Es komme darauf an, so betonte der Sprecher, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß der größte Teil der Ernährung im deutschen Raum auf eigenem Boden produziert wird. Dieses sei gerade im Hinblick auf die zeitliche Begrenzung der Marshallplan-Hilfe bis zum Jahr 1952 von außerordentlicher Bedeutung, ebenso auch unter Berücksichtigung der bereits am 1. Juli in Kraft tretenden neuen Verrechnung von Lebensmittelimporten auf der Basis des 30-Cent-Kurses.

Abgeordneter Jensen befaßte sich insbesondere mit den Möglichkeiten, die zu einer gesunden landwirtschaftlichen Betriebsführung führen. Es liege der Agrarwirtschaft nicht daran, für ihre Erzeugnisse hohe Preise zu verlangen, sondern durch eine ausgeglichene Preisrelation mit der übrigen Wirtschaft die Betriebsmittelkosten zu drücken und dadurch billiger zu produzieren. Er wies in diesem Zusammenhang als Beispiel für die Steigerung der Betriebsmittelkosten auf die Verdoppelung der Düngerpreise hin. Dadurch sei es in vielen Fällen Landwirten nicht möglich gewesen, eine zufriedenstellende Düngung durchzuführen, was sich im Endeffekt auf die Gesamtproduktion im Ernährungssektor nachteilig auswirken kann. Abgeordneter Jensen forderte verbilligte Betriebskredite, um den wirtschaftlich gefährdeten Betrieben über die

Minister Prellers Ruf nach Planung

Die Nachmittags-Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Zu Beginn der Nachmittagsitzung des Landtages am Montag, gab Minister Prof. Dr. Preller einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage. Eingangs erklärte er, daß der Grund für das Nicht-Eintreten der erwarteten Frühjahrsbelebung der Wirtschaft nur auf der Einkommen- und Kapitalseite gesucht werden könne. Die Stagnation der Wirtschaft resultiere insbesondere aus dem Mangel an mittel- und langfristigen Krediten. Das an sich berechnete Ziel der deflationistischen Reinigung rechtfertige keineswegs die kreditpolitische Zurückhaltung der zentralen Notenbank. Die Diskrepanz zwischen Einkommen und Löhnen einerseits und Preisen andererseits könne ebenfalls nur durch eine zielbewußte planmäßige Lenkung der Wirtschaft und vor allem des Kapitalstromes beseitigt werden.

Minister Preller teilte dann dem Hause mit, daß die Zahl der Arbeitslosen Mitte Mai 186 000 erreicht habe. Die Widersinnigkeit der Situation erlauchte daraus, daß selbst noch 15 000 Bauarbeiter arbeitslos seien.

Neue Betriebe

In enger Zusammenarbeit mit einer rührigen Unternehmerschaft sei es gelungen, eine ganze Reihe neuer Betriebe zu errichten. In diesem Zusammenhang könne er die erfreuliche Mitteilung machen,

daß in diesen Tagen die erste Freigabe von Gebäuden auf dem Kieler Ostufer durch die Militärregierung erfolgt sei.

Auf die Lage des Fremdenverkehrs eingehend, verzeichnete der Wirtschaftsminister eine Zunahme der zur Verfügung stehenden Fremdenbetten von 14 000 auf 20 000, die insbesondere durch die Erfassung privater Zimmervermieter mög-

lich geworden sei. Durch zwei Werbepavillons auf den Hannoveraner Exportmessen seien dem Fremdenverkehr schätzungsweise 3000 Pensionstage zugeführt worden.

Endlich Jugendaufbauwerk?

Auf die Beschäftigung der Schulentlassenen und Jugendlichen eingehend, teilte der Minister mit, daß er nunmehr beabsichtige, ein Freiwilliges Jugendaufbauwerk in Angriff zu nehmen. Schwierigkeiten bereite auch hier die Finanzierung. Die Landesregierung habe entsprechende Forderungen in Frankfurt erhoben, über die noch in dieser Woche entschieden werde.

Weitere Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat hätten diesen davon überzeugen können, daß ein entsprechender Anteil der Aufbaumittel, die in naher Zukunft zur Verfügung stehen, dort hingegeben werden müßten, wo die Arbeitskräfte nun einmal sitzen. In diesem Zusammenhang teilte der Minister einen Seitenhieb auf die Opposition

aus, von der er lieber gesehen hätte, daß deren Bemühungen in Frankfurt nicht getrennt von der Landesregierung gelaufen wären. Entgegen der Ansicht von Prof. Erhard meinte der Wirtschaftsminister, daß die fehlende Freizügigkeit nicht für die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden könne. Für Schleswig-Holstein sei insbesondere die Regelung des Warenaustausches und Zahlungsverkehrs mit Ostdeutschland ausschlaggebend.

Im Namen der Opposition begrüßte der Abg. Hagelstein die Ankündigung des Ministers, daß endlich mit der Schaffung eines freiwilligen Aufbauwerkes begonnen werden solle.

Auf die Frage nach dem Baubeginn der Elbbrücke bei Artlenburg teilte Minister Preller mit, daß der erste Spatenstich voraussichtlich in 14 Tagen erfolgen könne.

Er forderte die Opposition auf, mit dazu beizutragen, daß auch die Eisenbahnbrücke bei Lauenburg noch in diesem Jahr in Angriff genommen würde.

Weiter verbesserte Ernährungslage

Anschließend gab Landesminister Diekmann einen Überblick über die Entwicklung des ablaufenden Wirtschaftsjahres und die derzeitige Situation der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft. Mit Befriedigung stellte er fest, daß sich die Ernährungslage gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erheblich gebessert habe. Die Fettration sei von 75 auf 375 g im Monat, die Fleischration von 425 auf 600 g erhöht worden. Dazu komme die entscheidende Verbesserung in der Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse. Diese günstige Entwicklung sei möglich gewesen durch die Zunahme der Einfuhren und eine außergewöhnlich gute Ernte.

Gute Ablieferung der Bauern.

Auf die Lage bei den wichtigsten Nahrungsmitteln eingehend, teilte er mit, daß die schleswig-holsteinischen Bauern ihr Ablieferungssoll an Brotgetreide zu 88 Prozent erfüllt hätten. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß im Wirtschaftsjahr 1949/50 die gleiche Ablieferungsfreudigkeit erhalten bliebe, zumal ein besonderer Anreiz darin bestünde, daß für rund 22 Prozent der Umlage ausländisches Futtergetreide zurückgeliefert werden soll. In der derzeitigen Situation im Kartoffelabsatz erblickte er keine „Katastrophe“. Die unter Berücksichtigung eines Schwundes verbleibenden rund 100 000 t Kartoffeln dürften bei dem zunehmenden Schweinebestand leicht abgesetzt werden. In Schleswig-Holstein waren Ende März 404 000 Schweine vorhanden, das sind 55 Prozent des Vorkriegsstandes.

Notlage der Fischerei

Zu der besonders schweren Notlage, in die die Fischerei in der letzten Zeit geraten ist, erklärte der Minister, daß diese vor allem durch die hohen Unkosten und den sinkenden Fischkonsum hervorgerufen sei. Die Kohlenpreise seien von dem Vorzugspreis von 9 RM auf 37 DM pro Tonne gestiegen, während der Preis für Dieselkraftstoff im Februar von 12 auf 17,50 DM erhöht wurde. Diese letztere Erhöhung soll jedoch wieder rückgängig gemacht werden. Einen besonders schwerwiegenden Kostenfaktor stellten die untragbar hohen Chartergebühren dar, die für Fahrzeuge des britischen Beuteanteils erhoben würden. Der verringerte Konsum sei nicht nur auf den Rückgang an Kaufkraft, sondern nicht zuletzt auch auf die verbesserte Ernährungslage zurückzuführen. Denn für das laufende Wirtschaftsjahr seien Importabschlüsse für Fische von insgesamt 3—400 000 t vorgesehen; so ergebe sich eine starke Übersättigung des deutschen Marktes.

Geplante Tarifverschlechterungen

Schließlich wandte Diekmann sich gegen die Bestrebungen der Reichsbahn,

ihre Sonder- und Ausnahmetarife zu erhöhen oder gar zu streichen. Hierdurch würden besonders schwer die schutzbedürftigen und marktfernen Gebiete betroffen. Die Mehrbelastung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft durch den Fortfall dieser Ausnahmetarife veranschlagte er mit etwa 6 Millionen DM. Eine weitere schwere Belastung der Landwirtschaft, die vor allem dem verstärkten Einsatz von Schleppern entgegenstehe, sei die Absicht, den Preis für Dieselkraftstoff um 3,10 DM je 100 Kilo heraufzusetzen. Jede Bereitschaft zur weiteren Technisierung müsse dadurch gelähmt werden.

Abschließend forderte der Ernährungsminister, daß die Einfuhren an Nahrungsgütern so weit als möglich auf die deutschen Bedürfnisse abzustimmen seien, um die heimische Landwirtschaft zu schützen.

Ernährung auf eigenem Boden

Als Sprecher der CDU ergriff nach dem Bericht des Landesministers Diekmann zur Ernährungslage der Abgeordnete Jensen (CDU) das Wort. Es komme darauf an, so betonte der Sprecher, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß der größte Teil der Ernährung im deutschen Raum auf eigenem Boden produziert wird. Dieses sei gerade im Hinblick auf die zeitliche Begrenzung der Marshallplan-Hilfe bis zum Jahr 1952 von außerordentlicher Bedeutung, ebenso auch unter Berücksichtigung der bereits am 1. Juli in Kraft tretenden neuen Verrechnung von Lebensmittelimporten auf der Basis des 30-Cent-Kurses.

Abgeordneter Jensen befaßte sich insbesondere mit den Möglichkeiten, die zu einer gesunden landwirtschaftlichen Betriebsführung führen. Es liege der Agrarwirtschaft nicht daran, für ihre Erzeugnisse hohe Preise zu verlangen, sondern durch eine ausgeglichene Preisrelation mit der übrigen Wirtschaft die Betriebsmittelkosten zu drücken und dadurch billiger zu produzieren. Er wies in diesem Zusammenhang als Beispiel für die Steigerung der Betriebsmittelkosten auf die Verdoppelung der Düngerpreise hin. Dadurch sei es in vielen Fällen Landwirten nicht möglich gewesen, eine zufriedenstellende Düngung durchzuführen, was sich im Endeffekt auf die Gesamtproduktion im Ernährungssektor nachteilig auswirken kann. Abgeordneter Jensen forderte verbilligte Betriebskredite, um den wirtschaftlich gefährdeten Betrieben über die Schwierigkeiten, die durch die sogenannte „Kartoffelmisere“, d. h. die Verfütterung von Kartoffeln für die Mästung von Schweinen entstanden seien, bis etwa Oktober/November d. J. hinwegzuhelfen.

Fortsetzung

des Berichtes in der nächsten Ausgabe

Lehren und Warnungen

„Sozialpolitik in der Weimarer Republik“ - Zu einem Buch von Ludwig Preller

G. Es scheint, als würde der heutige Kampf um den sozialpolitischen Schutz des arbeitenden Menschen mit den gleichen Argumenten geführt, die in den Anfängen der Sozialpolitik bereits eine Rolle spielten. Heute, wie zur Zeit Bismarcks, wird behauptet, die Inanspruchnahme der Wirtschaft als Mitträger der sozialen Lasten sei eine schwere Gefährdung der Produktionskapazität und bewirke eine Verringerung des Sozialprodukts, aus dem doch die sozialen Aufwendungen zu bestreiten seien. Die Folgerung aus dieser Art der Betrachtung in den Anfängen der Sozialpolitik war die Verweisung des nicht mehr produzierenden Hilfsbedürftigen an die Armenpflege, d. h. seine „Versorgung“ durch teilweisen Konsumverzicht der Produzierenden. Diese Periode der Sozialpolitik, die den Arbeiter als Objekt erfaßte und sich als „Schutz- und Fürsorge-Gesetzgebung“ charakterisierte, wurde mit dem Art. 165 der Weimarer Verfassung unmißverständlich beendet. Durch ihn wurde der Arbeiter berufen, an der „Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ und der gesamten „wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte“ gemeinsam mit den Unternehmern mitzuwirken.

Der Arbeits- und Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Ludwig Preller, legt nun ein umfangreiches Buch vor, das diese entscheidende Periode in der Geschichte der Sozialpolitik behandelt. (Ludwig Preller, „Sozialpolitik in der Weimarer Republik“, Franz Mittelbach-Verlag, Stuttgart.) Das Buch ist mehr als eine historische Darstellung, es ist eine aktuelle Auseinandersetzung mit den bestimmenden und konkurrierenden Ideen dieser Zeit und den sie tragenden Kräften. Es zeigt die Verteilung der sozialen Kräfte auf und macht ihre Zersplitterung in rivalisierende Gruppen deutlich, die schließlich die „Krisis der Sozialpolitik“ herbeiführten. Aus dieser Krisis hat die Sozialpolitik der Weimarer Republik nie ganz herausgefunden: die Frage nach dem Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde von den Sozialpolitikern nicht eindeutig beantwortet. Um so entschiedener erfolgte die Beantwortung von den Vertretern der Wirtschaft, die dem Staate die sozialen Lasten zuschoben und sich der staatlichen Einwirkung mehr und mehr entzogen. Die staatliche Sozialpolitik hatte keinen gestaltenden Einfluß auf die Wirtschaft, sie wirkte höchstens ein wenig modifizierend. Aber auch diese geringfügige Einwirkungsmöglichkeit wurde von der Wirtschaft noch als zu störend angesehen. Prof. Preller stellt fest: „Das Großkapital setzte über die Präsidialregierungen ihren

Willen durch, die Krise wie die Kriegsfolgen nicht zu Lasten des Ertrages, sondern zu Lasten des Arbeitnehmereinkommens zu überwinden. Der Kampf um Arbeitslosenversicherung und kollektives Arbeitsrecht, der Kampf um die Weimarer Sozialpolitik trug so zum Verhängnis der Weimarer Demokratie bei. Mit Papen schien die soziale Demokratie niedergeworfen. Der Versuch Schleichers, auf der Grundlage einer leise ansteigenden Konjunktur erneut mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, beschleunigte seinen Sturz. Papen und die Schwerindustrie öffneten Hitler das Tor zur Macht.“

Es sind sehr eindringliche Lehren und Warnungen, die sich aus der Lektüre dieses Buches ergeben. Geschrieben wurde es während der Hitlerzeit ohne Aussicht auf Veröffentlichung, und es gehört zu den wenigen wesentlichen Manuskripten „in der Schublade“, die während des tausendjährigen Reiches geschrieben wurden und nun als Beweis für die ungebrochene Kraft der Auseinandersetzung und Klärung der deutschen Geisteswelt zu dienen haben.

1 p8 M3

Wass

Prof. Dr. Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Das Buch schildert die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik sowie die wirtschaftlichen, technischen, sozialen, geistigen und politischen Beweggründe dieser Entwicklungsgeschichte während des ersten Weltkrieges und in der Zeit der Weimarer Republik. Es stellt Struktur und Lage der Wirtschaft und Technik in dieser Zeit dar, die soziale Lage der Arbeitnehmerschaft, die Verteilung der politischen Kräfte, die Entwicklung der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die geistigen Grundlagen der Sozialpolitik und Wissenschaft, Sozialreform, katholischer, evangelischer und internationaler Sozialpolitik. — Franz Mittelbach-Verlag, Stuttgart, 560 S. Großoktav, Preis broschiert 22,— DM, Halbleinen 28,— DM.

1 p 8 MB

Den Küstenländern droht Gefahr
Wirtschaftsminister Prof. Preller kämpft für Schleswig-Holstein

Zur Behebung der anerkannt kritischen Finanzlage der Bundesbahn ist eine Reihe von Maßnahmen ins Auge gefaßt worden, zu denen auch die Erhöhung der Sonderfrachtsätze für Export- und Bunkerkohle, die Aufhebung der Sonderfrachtsätze für Ortskohle in den Küstenausnahmetarifen 6 B 11 und 6 B 14 sowie ein prozentualer Krisenzuschlag auf die Frachtsätze der Bundesbahn gehören. Bisher wurde die Kohle zu ermäßigten Frachtsätzen an die Küste befördert. Man kann diese Maßnahmen, volkswirtschaftlich gesehen, nur als Panikmaßnahmen bezeichnen, da die Aufhebung der seit 80 Jahren bestehenden Sondertarife für die Küstenländer das gewachsene Standortgefüge in diesen Ländern vollkommen zerstören und der Krisenzuschlag darüber hinaus alle verkehrsfernen deutschen Gebiete mit einer besonders hohen Belastung belegen würde. Nicht nur die schleswig-holsteinische, sondern die gesamtdeutsche Wirtschaft würde nur schwer wieder gutzumachende Schäden erleiden. Deshalb hat Wirtschaftsminister Professor Preller im Namen der Küstenländer beim Bundesrat schärfste Bedenken geltend gemacht. Im Bundestag haben mehrere Fraktionen, besonders die SPD, Anträge auf Beseitigung der Aufhebung der besonderen Küstenkohlentarife gestellt. Diese Anträge werden im kombinierten Verkehrs- und Wirtschaftsausschuß des Bundestages beraten werden. Der Bundesrat hat beschlossen, sich für die Beibehaltung der Sondertarife und die Ablehnung der Krisenzuschläge einzusetzen.

I. auch:
1 X 20 tr
M

Prof. Preller

im Ausschuss für Kapitalverkehr

Der Deutsche Bundesrat hat in seiner 5. Sitzung in Bonn am 20. Okt. 1949 als seinen Vertreter im Ausschuss für Kapitalverkehr Wirtschaftsminister Professor Dr. Preller gewählt. Mit Schreiben vom 14. November 1949 hat Professor Preller sich zur Übernahme dieses Amtes bereiterklärt.

(Ndl)

s. 1 p 3
W

D

1 µg
143

„Schiffbauverhandlungen
fortsetzen“

Von unserem Berichterstatter

A. K. Kiel, 2. Dezember

Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister, Prof. Preller, forderte in Kiel, daß die Verhandlungen mit den Alliierten über weitere Verbesserungen für den deutschen Schiffbau fortgesetzt werden. Er bezog sich dabei besonders auf die Geschwindigkeitsbeschränkung.

Der Minister setzte sich für eine Wiederbelebung des schleswig-holsteinischen Schiffbaus ein. Die Kapazität der schleswig-holsteinischen Werften, die 30 vH der gesamten westdeutschen Werftkapazität ausmache, sei nur zu etwa 56 vH ausgeschöpft. Entsprechende Geldmittel müßten bereitgestellt werden, um die Werften wieder voll auszunutzen. Man solle bedenken, daß 50 vH des gesamten schleswig-holsteinischen Exports aus dem Schiffbau kämen. 70 vH des Exports gingen nach Skandinavien.

Die aus ERP-Mitteln für die westdeutsche Schiffbauindustrie zu erwartende Summe bezifferte Prof. Preller mit 87 Millionen DM. Außerdem werde über eine Investitionssumme von 150 Millionen DM noch verhandelt.

L. v. L. H. R. Volkstg.
2 X 180 p

„Sozialpolitik in der Weimarer Republik“ von Prof. Dr. Ludwig Preller, Landesminister in Schleswig-Holstein, Franz Mittelbach, Verlag, Stuttgart, 580 Seiten Großoktav, broschiert DM 22,—, in Halbleinen gebunden DM 28,—. Das Buch schildert die tatsächliche Entwicklung der deutschen Sozialpolitik sowie die wirtschaftlichen, technischen, sozialen, geistigen und politischen Beweggründe dieser Entwicklungsgeschichte während des ersten Weltkrieges und in der Zeit der Weimarer Republik. Es stellt Struktur und Lage der Wirtschaft und Technik in dieser Zeit dar, die soziale Lage der Arbeitnehmerschaft (Arbeits- und Lohnverhältnisse, Entwicklung von Arbeitszeit, Lohn und Gehalt, Unfall und Gesundheitsgefahren, Arbeitslosigkeit, Wohnungswesen), die Verteilung der politischen Kräfte, die Entwicklung der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, die geistigen Grundlagen der Sozialpolitik in Wissenschaft, Sozialreform, katholischer, evangelischer und internationaler Sozialpolitik. Diese Materien werden an Hand eingehender, heute in Deutschland nur noch selten greifbarer Zahlen behandelt. Die Entstehung der verschiedenen sozialpolitischen Gesetze sowie Lohnpolitik, Arbeitslosenpolitik, Wohnpolitik usw. werden im einzelnen geschildert und methodisch auf ihre Beeinflussung durch wirtschaftliche, technische, soziale und politische Motive untersucht. Durch diese Methode weitet sich die Darstellung zu einer Untersuchung über den sozialen Gehalt der Weimarer Republik, die wirtschaftliche und soziale Grundlegung ihrer Entwicklung und zu einer Betrachtung über den politischen Werdegang der Republik bis zu ihrem Ende aus.

Prof. Dr. Ludwig Preller:

Probleme der Sozialpolitik nur durch Einfluß auf Wirtschaftsgestaltung lösbar

Der schleswig-holsteinische Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, Prof. Dr. Ludwig Preller, machte am 15. April in Marburg anläßlich einer Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Hessen, richtungsweisende Ausführungen über die Neugestaltung der Sozialpolitik. Er gewährte jetzt einem VZ-Vertreter ein Interview und beantwortete wichtige Fragen, die sich aus seiner Rede ergaben. Minister Preller wurde bekanntlich am 26. März auf dem außerordentlichen Bezirksparteitag der SPD in Neumünster als Kandidat für die bevorstehende Landtagswahl gewählt.

Frage: In der Begründung zum Einkommensteuer - Änderungsgesetz heißt es: „Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist die vornehmste, ja die einzige Grundlage für jede Sozialpolitik“. Daraus ergibt sich die Frage, Herr Minister, kann bei unserer heute so verarmten Volkswirtschaft überhaupt Sozialpolitik getrieben werden, und müßte sie nach diesem Leitspruch der Wirtschaftspolitik nicht untergeordnet und von ihr abhängig werden?

Antwort: Es wird immer deutlicher, daß eine fortschrittliche Sozialpolitik nur im engsten Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik

getrieben werden kann. Es kann sich aber nicht um ein Unterordnungsverhältnis der Sozialpolitik unter die Wirtschaftspolitik handeln, wie der von Ihnen zitierte Satz befürchten läßt. In den letzten Jahren der Weimarer Republik zeigte sich aber, daß trotz der Demokratisierung von sozialpolitischen Teilmärkten, z. B. durch Tarifverträge auf den Gebieten von Lohn und Arbeitszeit, durch paritätische Selbstverwaltung des Arbeitsmarktes oder in der Sozialversicherung, die Arbeitsbedingungen in Krisenzeiten nur hätten erhalten werden können, wenn die gesamte Wirtschaft einschließlich der Betriebe demokratisch gestaltet gewesen wäre. Das war damals nicht der Fall. Heute kommen die großen finanziellen Probleme, die sich aus den Kriegsfolgen ergeben, hinzu und zeigen, daß das sozialpolitisch Notwendige nur durchgesetzt werden kann, wenn nicht nur der eine, sondern auch der andere Sozialpartner, die Gewerkschaft, Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung nehmen kann und zugleich das Arbeitsrecht umfassend erneuert wird.

Frage: Welche Verpflichtungen sind es, die sich für die Sozialpolitik aus den Kriegsfolgen ergeben, und haben darüber hinaus nicht

auch die finanziellen Ansprüche aus den üblichen Aufgaben der Sozialpolitik gegenüber der Vorkriegszeit eine Erhöhung erfahren?

Antwort: Die aus den Kriegsfolgenlasten entstandenen Verpflichtungen der Sozialpolitik erwachsen besonders aus der Versorgung der Kriegsoffer, der wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen und der Ausgebombten sowie aus der Regelung des Lohn-Preis-Verhältnisses einschließlich seiner Rückwirkungen auf die Unterstützungen und Sozialversicherungsleistungen. Die notwendige Neugestaltung des Arbeitsrechts bringt im wesentlichen keine neue Verpflichtung finanzieller Art. Eine Ausnahme bilden die Kinderbeihilfen und die Anpassungen der Sozialversicherungsleistungen. Die Begründung, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft die vornehmste und einzige Grundlage für jede Sozialpolitik sei, trifft also für die brennenden arbeitsrechtlichen Fragen nicht zu.

Frage: Welche brennenden arbeitsrechtlichen Fragen bestehen nun gegenwärtig, die nach ihrer Ansicht, Herr Minister, zuerst gelöst werden müßten?

Antwort: Einmal sollte das

Kündigungsschutzgesetz Bundesrepublik schnell treten, damit die Sicherung des Arbeitsplatzes gewährleistet ist. Dann bedarf das Jugendbeschäftigungsgesetz einer Neufassung. Ebenso das Betriebsschutzgesetz und ein Berufsausbildungsgesetz geschaffen werden. Die Erneuerung der Sozialversicherungsleistungen, die Wiederherstellung der Sozialversicherung in einer Bundesrepublik, die Arbeitsvermittlung und Arbeitsversicherung sind dringend notwendig, ebenso eine neue Schlichtungsordnung. Nicht zuletzt das Gesetz über die Mindestarbeitsbedingungen schnell verabschiedet werden. Die Kinderbeihilfen geregelt werden. Das oberste Bundesarbeitsgericht geschaffen werden. Die Regelung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Frage: Welche Ausgaben Ihrer Ansicht nach auf der Kinderbeihilfe dem Staat wachsen?

Antwort: Kinderbeihilfen etwa 20 DM monatlich sollen Eltern oder Elternteilen mitgewährt werden. Dafür muß steuerlichen Kinderermäßigungen sowie die z. Z. den Arbeitslosen, Rentnern, Arbeitslosenunterstützungsempfängern, Fürsorgeempfängern gewährten Kinderbeihilfen weggelassen werden. Endgültige Berechnung über die finanzielle Auswirkung ist es noch nicht. Ein m. E. ausreichender Vorschlag, der das Kind ab Kinderbeihilfe will, wenn das Einkommen brutto monatlich nicht über 100 DM und die Beihilfe von 10 bis 15 DM (ab 7. Kind) staffeln will, sind notwendige Mittel in die Höhe auf 315 Millionen DM jährlich. Die Kinderbeihilfe jedem Kind zu gewähren und fallen dafür die oben genannten Leistungen weg, so sind sich neue und weggefallene — aber unter gerechterer Verteilung — teilweise ausgleichen und der Betrag von mindestens einer Milliarde zusätzlich erforderlich. Diese Lösung würde einen Eingriff in die Verwaltungs- und Sozialgesetzgebung bedeuten. Sie ist aber deshalb von Bedeutung, weil es in der Bundesrepublik 11,2 Millionen Kinder und deren Eltern oft keine und geringe Kinderbeihilfen obwohl sie sich in sozialer Not befinden.

Dupl. 1a 1b

Ludwig Preller:

Probleme der Sozialpolitik nur durch Einfluß auf Wirtschaftsgestaltung lösbar

Schleswig-holsteinische Landes-
rat für Arbeit, Wirtschaft und
Sozialpolitik, Prof. Dr. Ludwig Preller,
Rede am 15. April in Mar-
burg an der Lahn, anläßlich einer Konferenz des
Bundes der Gewerkschaftsbundes,
Hessen, richtungweisende
Rede über die Neugestaltung
der Sozialpolitik. Er gewährte
dem VZ-Vertreter ein Inter-
view und beantwortete wichtige
Fragen, die sich aus seiner Rede
ergaben. Minister Preller wurde
am 26. März auf dem
Landesparteitag der
Kommunisten in Neumünster als Kandi-
dat für die bevorstehende Land-
tagswahl gewählt.

In der Begründung zum
Einkommensteuer - Änderungsgesetz
des Jahres 1949, der Wiederaufbau unserer
Wirtschaft ist die vornehmste, ja die
Grundlage für jede Sozial-
politik. Daraus ergibt sich die Frage,
wie der Wiederaufbau unserer
verarmten Volkswirtschaft
durch Sozialpolitik getrieben
werden mußte sie nach diesem
Wiederaufbau der Wirtschaftspolitik
geordnet und von ihr ab-
geleitet werden?

Antwort: Es wird immer deut-
licher, daß eine fortschrittliche So-
zialpolitik nur im engsten Zusam-
menhang mit der Wirtschaftspolitik

getrieben werden kann. Es kann sich
aber nicht um ein Unterordnungs-
verhältnis der Sozialpolitik unter die
Wirtschaftspolitik handeln, wie der
von Ihnen zitierte Satz befürchten
läßt. In den letzten Jahren der Wei-
marer Republik zeigte sich aber, daß
trotz der Demokratisierung von
sozialpolitischen Teilmärkten, z. B.
durch Tarifverträge auf den Gebie-
ten von Lohn und Arbeitszeit, durch
paritätische Selbstverwaltung des
Arbeitsmarktes oder in der Sozial-
versicherung, die Arbeitsbedingungen
in Krisenzeiten nur hätten erhalten
werden können, wenn die gesamte
Wirtschaft einschließlich der Betriebe
demokratisch gestaltet gewesen wäre.
Das war damals nicht der Fall. Heute
kommen die großen finanziellen
Probleme, die sich aus den Kriegs-
folgekosten ergeben, hinzu und zeig-
en, daß das sozialpolitisch Notwen-
dige nur durchgesetzt werden kann,
wenn nicht nur der eine, sondern
auch der andere Sozialpartner, die
Gewerkschaft, Einfluß auf die Wirt-
schaftsgestaltung nehmen kann und
zugleich das Arbeitsrecht umfassend
erneuert wird.

Frage: Welche Verpflichtungen
sind es, die sich für die Sozialpolitik
aus den Kriegsfolgekosten ergeben,
und haben darüber hinaus nicht

auch die finanziellen Ansprüche aus
den üblichen Aufgaben der Sozial-
politik gegenüber der Vorkriegszeit
eine Erhöhung erfahren?

Antwort: Die aus den Kriegs-
folgekosten entstandenen Verpflich-
tungen der Sozialpolitik erwachsen
besonders aus der Versorgung der
Kriegsopfer, der wirtschaftlichen
Eingliederung der Vertriebenen und
der Ausgebombten sowie aus der
Regelung des Lohn-Preis-Verhältnis-
ses einschließlich seiner Rückwirkun-
gen auf die Unterstützungen und
Sozialversicherungsleistungen. Die
notwendige Neugestaltung des Ar-
beitsrechts bringt im wesentlichen
keine neue Verpflichtung finanzieller
Art. Eine Ausnahme bilden die
Kinderbeihilfen und die Anpassun-
gen der Sozialversicherungsleistun-
gen. Die Begründung, daß der Wie-
deraufbau der Wirtschaft die vor-
nehmste und einzige Grundlage für
jede Sozialpolitik sei, trifft also für
die brennenden arbeitsrechtlichen
Fragen nicht zu.

Frage: Welche brennenden
arbeitsrechtlichen Fragen bestehen
nun gegenwärtig, die nach ihrer An-
sicht, Herr Minister, zuerst gelöst
werden müßten?

Antwort: Einmal sollte das

Kündigungsschutzgesetz in der
Bundesrepublik schnell in Kraft
treten, damit die Sicherung des
Arbeitsplatzes gewährleistet ist.
Dann bedarf das Jugendschutzgesetz
einer Neufassung. Ebenso müssen
das Betriebsschutzgesetz neugefaßt
und ein Berufsausbildungsgesetz ge-
schaffen werden. Die Erneuerung
des Sozialversicherungsrechts und
die Wiederherstellung der Selbstver-
waltung in einer Bundesanstalt für
Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-
versicherung sind dringend erforder-
lich, ebenso eine neue Schlichtungs-
ordnung. Nicht zuletzt müßte ein
Gesetz über die Mindestarbeitsbedin-
gungen schnell verabschiedet, müßten
die Kinderbeihilfen geregelt und ein
oberstes Bundesarbeits- und Sozial-
gericht geschaffen werden. Dazu
kommt entscheidend die gesetzliche
Regelung der Mitbestimmung der
Arbeitnehmer in der Wirtschaft.

Frage: Welche Ausgaben würden
Ihrer Ansicht nach auf dem Gebiet
der Kinderbeihilfe dem Bund er-
wachsen?

Antwort: Kinderbeihilfen von
etwa 20 DM monatlich sollten allen
Eltern oder Elternteilen mit Kindern
gewährt werden. Dafür müßten alle
steuerlichen Kinderermäßigungen
sowie die z. Z. den Arbeitnehmern,
den Rentnern, Arbeitslosenunter-
stützungsempfängern, Fürsorgeem-
pängern gewährten Kinderzulagen
wegfallen. Endgültige Berechnungen
über die finanzielle Auswirkung gibt
es noch nicht. Ein m. E. nicht aus-
reichender Vorschlag, der vom drit-
ten Kind ab Kinderbeihilfe geben
will, wenn das Einkommen 400 DM
brutto monatlich nicht überschreitet,
und die Beihilfe von 10 bis 20 DM
(ab 7. Kind) staffeln will, schätzt die
notwendigen Mittel in diesem Fall
auf 315 Millionen DM jährlich. Wird
die Kinderbeihilfe jedem gewährt
und fallen dafür die oben genannten
jetzigen Leistungen weg, so dürften
sich neue und weggefallene Beihilfen
— aber unter gerechterer Verteilung!
— teilweise ausgleichen und noch ein
Betrag von mindestens einer halben
Milliarde zusätzlich erforderlich sein.
Diese Lösung würde einen tiefen
Eingriff in die Verwaltungs-, Steuer-
und Sozialgesetzgebung bedeuten.
Sie ist aber deshalb von so großer
Bedeutung, weil es in der Bundes-
republik 11,2 Millionen Kinder gibt,
deren Eltern oft keine und nur sehr
geringe Kinderbeihilfen erhalten,
obwohl sie sich in sozialer Not be-
finden.

Dupl. 1a 1b

In der Inflationszeit arbeitete Preller in einer Versicherungsgesellschaft als Korrespondent. Auch als Kellner am studentischen Mittagstisch mußte er sich nach dem ersten Weltkrieg sein Studium selbst verdienen. Sein Vater starb früh und die Mutter konnte in den wilden Nachkriegsjahren das Geld zum Studium nicht aufbringen. Auch harte körperliche Arbeit hat Preller verrichten müssen. Er arbeitete im Bergwerk unter Tage. Als er seinen Doktor der Volkswirtschaft machte, war er im „Nebenberuf“ gerade Markthelfer.

In all den Jahren, in denen er sich so durchs Leben schlagen mußte, hat er vieles gesehen und gelernt, das ihm in seinem späteren Beruf als Gewerbeaufsichtsbeamter zugute kam. Vor allem aber spürte er das Elend der verarmten bürgerlichen Familien, die Sorgen der Arbeiter und Angestellten am eigenen Leibe. Die Eindrücke und Erfahrungen, die Preller in seinen Jugendjahren sammelte, ließen ihn nach einem Weg zur Besserung der sozialen Nöte suchen und führten ihn schon sehr früh, 1920, zur Sozialdemokratischen Partei. In den Jahren darauf arbeitete Preller als sozialpolitischer Beamter in einem Textilbetrieb, während der Nazizeit als Schriftsteller und als Hochschullehrer.

Preller brachte einen reichen Schatz an Erfahrungen mit nach Schleswig-Holstein, als er das Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein übernahm. Seine Arbeit begann damit, daß er neue Arbeitsplätze für die vielen erwerbslosen Flüchtlinge und einheimischen Bewohner schuf. Ein täglicher Kampf um das Hereinholen von Krediten entbrannte. Jeder Betrag mußte dem Landes- oder Bundesfinanzminister buchstäblich aus den Zähnen gerissen werden, denn Deutschland ist nach dem verlorenen Krieg ein armes Land geworden.

Inzwischen haben sich aber die Erfolge der Arbeit des Wirtschaftsministers Prof. Dr. Ludwig Preller eingestellt. Bis heute haben im Lande 300 000 Menschen wieder Arbeit bekommen.

Der Wähler im Wahlkreis 18 in Kiel wird es sich also gut überlegen müssen, wem er zur Landtagswahl am 9. Juli seine Stimme gibt. Wenn seine Wahl auf den Landesminister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr Prof. Dr. Ludwig Preller fällt, so hat er die Gewähr dafür, daß das Kapital in Schleswig-Holstein so gelenkt wird, daß im steigenden Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen werden und daß außerdem der Bundesfinanzminister mit immer neuen Geldern für das „Armenhaus Schleswig - Holstein“ herausrücken muß.



Prof. Ludwig Preller

Landtagskandidat der SPD
im Wahlkreis 18, Kiel Mitte

Wenn Ludwig Preller nicht Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein wäre, dann wäre er sicher Jugendleiter. Preller war es, der sich als erster mit besonderem Erfolg, in Deutschland für die arbeitslose Jugend einsetzte, indem er ein Jugendaufbauwerk errichtete, das den arbeitslosen Jugendlichen berufliche Kenntnisse vermittelt und sie in die Gemeinschaft des Lebens einführt. Daß er auch Jugendleiter sein könnte, ist nicht verwunderlich, denn das wäre nicht sein erster Beruf.

1 p 8 113

Prof. Preller geht nach Stuttgart

Kiel (Eigenbericht). Prof. Dr. Ludwig Preller, der frühere Wirtschaftsminister in der Regierung Diekmann, kehrt an seinen früheren Wohnsitz Stuttgart zurück, um sich wissenschaftlichen Arbeiten zu widmen. Unter seiner umsichtigen und fachkundigen Leitung wurden die hoffnungsvollen Ansätze für eine planmäßige Ansiedlung von neuen Industrien in Schleswig-Holstein geschaffen. Seinem ausgeprägten sozialen Verantwortungsbewußtsein dankt unser Land auch die Schaffung des Jugendaufbauwerkes, welches für die in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen des Bundes Vorbild wurde.

E

12 p 8
143

Nr. 261

Tag:

7. Nov. 1950

Prof. Dr. Preller legte sein Landtagsmandat nieder

Pf. Kiel. Landtagsabg. Prof. Dr. Preller, der in der vorigen Regierung das

Wirtschaftsministerium leitete, hat sein Mandat niedergelegt, da er an seinen früheren Wohnsitz Stuttgart zurückkehrt. Als Nachfolger Prof. Dr. Prellers im Landtag hat die SPD den geschäftsführenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Kiel, Bruno Verdieck, benannt, der den 25. Platz auf der Landesliste der SPD einnahm. Wie wir hören, soll auch der frühere Justizminister Dr. Katz die Absicht haben, Schleswig-Holstein zu verlassen und damit sein Mandat niederzulegen.

Ja

P
Preller
Prof. Dr.

Die Welt (Hamburg)

15. Feb. 1950

Nº 39

Prof. Preller will helfen

Ratzeburg, 14. Februar (Eig. Ber.)

Wirtschaftsminister Prof. Dr. Preller versprach auf einer Zusammenkunft mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden des Kreises Lauenburg, den Kreis bei der Umsiedlung bevorzugt zu berücksichtigen. Nach den Ausführungen Prof. Prellers ist jeder dritte Einwohner Lauenburgs Unterstützungsempfänger oder Rentner, da sich die Erwerbstätigkeit um ein Viertel vermindert hat.

Um dieser Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, sollen auf den ehemaligen Wehrmachtsanlagen in Mölln, Krümmel, Düneberg und Büchen weitere Industriebetriebe angesiedelt werden. Außerdem ist der Ausbau und die Instandsetzung der früheren Reichsstraße sowie der Land- und Gemeindestraßen geplant.

V
13814 0047 BEC

Preller
Arbeitsminister

24. Feb. 1950

Die Welt (Hamburg)
Nr 47



SCHLESWIG-HOLSTEINS ARBEITS
MINISTER

Preller legte der Bundesregierung Pläne
für schnelle Arbeitsbeschaffung im nörd-
lichsten Bundesstaat vor. Foto: DIE WELT

13814 0048 BEC

Preller
P Dr. Ludwig

17. Apr. 1950

V W D Frankfurt /Main

Nº 90 -

Wirtschaftsminister Preller für höhere Arbeitslosenunterstützungen

H a m b u r g 17.4.1950 (VWD)- Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dr. Ludwig Preller forderte am 15. April auf einer Konferenz des deutschen Gewerkschaftsbundes Hessen in Marburg die Gleichstellung der Arbeitslosenunterstützung und - Fürsorge mit dem Mindestlohn eines gelernten Arbeiters. Die Kinderzulage müsse Arbeitnehmern unter 4 800 DM Einkommen jährlich gesetzlich zugesichert werden. Ferner sei ein Kündigungsschutzgesetz notwendig, das jede sozial nicht tragbare Kündigung für ungesetzlich erkläre. Für tariflich nicht erfasste Arbeitnehmer verlangte Minister Preller Minderarbeitsbedingungen. Ferner müsse die baldige Verabschiedung eines Bundesausbildungsgesetzes die zu erwartende Facharbeiterlücke nach 1956 schliessen.

211704

Die Welt (Hamburg)

22. Mai 1950

№ 117

Ungedeckter Investitionsbedarf

Von unserem Berichterstatter

G. L. Flensburg, 21. Mai

Auf der 79. Verbandstagung des Norddeutschen Genossenschaftsvereins, in dem die Genossenschafts- und Volksbanken Hamburgs und Schleswig-Holsteins zusammengeschlossen sind, wies der Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, Professor Preller, am Sonntag darauf hin, daß selbst bei einer auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gerechtfertigten Umsiedlung von 300 000 Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein die Schaffung von 100 000 neuen Arbeitsplätzen für die verbleibenden Heimatvertriebenen notwendig wäre. Die hierfür erforderlichen Investitionen betragen nach seiner Ansicht 500 Mill. DM. Der Investitionsbedarf sei also höher als der gesamte Landesetat für 1950/51, der ein Defizit von 125 Mill. DM aufweist.

Die Eigenkapitalbildung ist, wie er weiter ausführte, bei der wirtschaftlichen Struktur Schleswig-Holsteins, die sich vorwiegend aus Landwirtschaft, Mittel- und Kleinbetrieben zusammensetzt, völlig unbefriedigend. Durch die Demontage der Wehrmachtbetriebe gingen 120 000 Arbeitsplätze verloren, die vorwiegend aus Staatsmitteln finanziert und unterhalten wurden.

Professor Preller stellte fest, daß für Investitionen nur 196,5 Mill. DM aus Landesmitteln, Marshall-Hilfe und Bankkrediten (= 49,2 vH des Bundesdurchschnitts) aufgebracht werden können, obwohl gerade in Schleswig-Holstein der Kreditbedarf weitaus größer ist als in den industriellen Gebieten, in denen die Selbstfinanzierung durch die bessere Beschäftigungs- und Produktionslage höher liegt. Hinzu kommt, daß von den Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Krediten der größte Teil wieder über den Konsumenten das Land verläßt und in die Industriezentren abwandert. Bei einem Schiffsneubau von 1500 BRT zum Beispiel verbleiben nur 42 vH der Bausumme in Schleswig-Holstein. Der Betriebsmittelkredit für Mittel- und Kleinbetriebe müsse bei den Investitionen an erster Stelle berücksichtigt werden und sei vor allem auch Aufgabe der Volksbank. Sein größtes Bedauern drückte der Minister über das Zusammenbrechen der Flüchtlingsgenossenschaften aus, die bis auf eine wieder verschwunden sind.